

Beitrag von Frau Dr. h. c. Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin Brot für die Welt für die Veröffentlichung des DIE und der MSC mit Schwerpunkt auf Ideen und Empfehlungen für die zukünftige Gestaltung deutscher und europäischer Politik in der Welt / Intensives Nachdenken über neue Lösungsansätze und bessere Vernetzung verschiedener Politikfelder.

Anfrage: Beitrag auf Basis der ganz persönlichen Expertise und Perspektive von Frau Füllkrug – Weitzel zu der Frage: *„Auf welche Schwerpunkte, Instrumente und Initiativen Deutschland zukünftig setzen sollte, um die Wirksamkeit der deutschen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik sowie deren Verzahnung nachhaltig weiter zu verbessern?“*

Kernaussage: Wir brauchen ein Umschwenken auf eine wirklich gewaltpräventive Politik, die die Konfliktursachen und auch die eigene Verantwortung dafür in den Blick nimmt, und ein friedenspolitisches Leitbild für alle Ressorts.

Headline: Friedenslogik als Leitbild deutscher Politik im globalen Kontext

Großkonflikte, Flüchtlingszahlen, zerfallende Staaten, terroristische Attacken, Klimakatastrophen und soziale Scherenentwicklung nehmen weltweit zu. Das versetzt Öffentlichkeit und Politiker in einen „Krisenmodus“: Das eigene Bedrohungsgefühl prägt die Reaktion, die auf kurzfristige Abwehr der Auswirkungen und Schadenseindämmung zielt. Analyse, Bekämpfung der Ursachen und Reflektion des eigenen Anteils am Krisengeschehen kommen zu kurz. Frieden kann aber nur nachhaltig gefördert werden, wenn wir auf menschliche Sicherheit im umfassenden Sinne (als wirtschaftliche, soziale, ökologische, rechtliche, politische, physische) und für Alle abzielen. Es gibt keine Sicherheit für einen Teil der Erde mehr ohne diese umfassende Sicherheit für alle – das zeigen die Flüchtlinge. Und es gibt keine Sicherheit ohne Wahrung der planetarischen Grenzen, also einen nachhaltigen und friedvollen Umgang mit der Schöpfung – siehe Ressourcenkonflikte. Beides betonen die Kirchen weltweit seit Jahrzehnten.

Friedenspolitisches Leitbild

Diese politischen Herausforderungen verlangen einen weiten zeitlichen, geografischen, und Handlungsfelder übergreifenden Ansatz. Die Globale Agenda der Vereinten Nationen mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung gibt diese Art umfassenden Ansatzes und Maßstäbe vor. Diese Herausforderungen verlangen auch nach einem friedenspolitischen Leitbild für das politische Handeln Deutschlands und Europas. Es muss die zu kurz denkende „Sicherheitslogik“ durch eine „Friedenslogik“ ersetzen. Beides zusammen genommen bedeutet, dass alle nach innen und außen gerichteten politischen Handlungsfelder daraufhin ausgerichtet werden müssen, ob sie krisenpräventiv, friedens- und gerechtigkeitsfördernd sind oder wie sie es werden können. Ohne ein Leitmotiv für die Gestaltung von Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs-, Flüchtlingspolitik, das den Vorrang von zivilen Ansätzen sicherstellt und präventiv wirksam ist, laufen wir auch in Zukunft den Herausforderungen hinterher anstatt proaktiv Problemkontexte frühzeitig zu erkennen und Konfliktursachen gewaltfrei zu transformieren.

Kohärenz und ‚Do no harm‘

Gewaltprävention und die Beseitigung von Konfliktursachen verlangt mehr als nicht abgestimmtes, gar kompetitives Reagieren verschiedener Ressorts zur kurzfristigen Schadensbegrenzung. Der für die

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe in Konfliktkontexten längst selbstverständliche Do-No-Harm Ansatz, d.h. Reflexion über eigenes evtl. Konfliktpotential verschärfendes Handeln, muss genauso z.B. für die Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik gelten. Es ist nicht genug, in Koalitionsverhandlungen Ressorts nach Parteien zu verteilen und einzelne Vorhaben festzulegen. Sie sollten auch ein kohärentes Leitbild für das Regierungshandeln nach innen und außen verabreden, in dem die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele und der Vorrang für Konfliktursachenbekämpfung und -prävention verankert sind.

Beteiligung der Zivilgesellschaft

Bei der Vermeidung und Bewältigung von Konflikten ebenso wie bei der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele kommen zivilgesellschaftlichen Gruppen und vor allem auch religiösen Organisationen besondere Bedeutung zu - gerade in Kontexten mit fehlender Staatlichkeit. Das ist zwar anerkannt, de facto aber steht die Zivilgesellschaft in immer mehr Ländern als Agenten des Auslands massiv unter Druck. Es reicht nicht, den notwendigen Spielraum für die Zivilgesellschaft anzumahren und selber ein gutes Vorbild durch Beteiligung von NGOs zu geben. Es muss zugleich in der Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit jeder Eindruck vermieden werden, dass NGOs oder religiöse Organisationen Instrumente zur Durchsetzung eigener Interessen sind.

Kurzbiografie: Pfarrerin Dr. h. c. Cornelia Füllkrug-Weitzel MA ist die Präsidentin von Brot für die Welt. Seit dem Jahr 2000 leitet sie das entwicklungspolitische Werk der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), zu dem auch die Diakonie Katastrophenhilfe gehört. Zuvor war sie u.a. als Menschenrechtsreferentin der EKD und als stellvertretende Direktorin des Berliner Missionswerkes tätig. Sie hat das kirchliche Netzwerk ACT Alliance, ein weltweites Bündnis für humanitäre Arbeit und Entwicklungshilfe, mitbegründet und arbeitet seit Jahren in Gremien des Ökumenischen Rates der Kirchen und des Lutherischen Weltbundes mit.